

Aarau, 12. August 2022

Medienmitteilung

Zentrales Sozialwerk und Standort Schweiz stärken

FDP Aargau beschliesst Ja-Parolen zu AHV 21 und Reform der Verrechnungssteuer

Die FDP Aargau bekennt sich vorbehaltlos zur AHV als zentralem Sozialwerk der Schweiz. Das zeigte sich in aller Deutlichkeit auch am Parteitag vom 11. August in Laufenburg. Die Versammlung beschloss einstimmig ein Ja zu den beiden Abstimmungsvorlagen zur AHV 21, die am 25. September an die Urne gelangen. Ebenfalls einstimmig unterstützt wird die Reform der Verrechnungssteuer und die damit einhergehende mittel- und langfristige Stärkung der Schweiz als Wirtschaftsstandort. Ebenfalls Ja sagte der Parteitag zur kantonalen Verfassungsänderung über die Stellvertretungsregelung von Parlamentsmitgliedern. Bereits an der letzten Geschäftsleitungssitzung gefasst wurde die Parole zur Massentierhaltungsinitiative: die FDP Aargau empfiehlt hier ein Nein.

Parteipräsidentin Sabina Freiermuth konnte bei bestem Sommerwetter an exklusiver Lage am Laufenburger Rheinufer mit Blick über die Landesgrenze zum Parteitag begrüßen. Bei bester Stimmung wurden die Traktanden zügig abgehandelt und beim anschliessenden Grillplausch die gesellige Seite des Parteilebens genossen. Sabina Freiermuth betonte in ihrem präsidentialen Eingangsvotum die Wichtigkeit des liberalen Fundaments mit den freiheitlichen Werten wie Eigenverantwortung, Fleiss, Bescheidenheit und Gemeinsinn – gerade angesichts der aktuellen Herausforderungen wie Krieg in Europa, Energieknappheit, Teuerung oder Klimawandel sind diese von besonders wichtiger Bedeutung. In diesem Zusammenhang wünschte sie sich wieder einen verstärkten Schulterschluss unter den bürgerlichen Parteien und Organisationen, um gemeinsam die Herausforderungen zu meistern.

Wichtiger Schritt zur Stabilisierung der AHV

Nationalrätin Maja Riniker zeigte auf, weshalb eine Mehrheit des Parlamentes eine Reform der AHV als unumgänglich erachtet. Das Sozialwerk ist aufgrund der älter werdenden Gesellschaft zunehmend in finanzieller Schieflage. Es braucht dringend eine Modernisierung. Eine Harmonisierung des Rentenalters für Mann und Frau sei im OECD-Raum Standard und ein längst fälliger Schritt, so Maja Riniker. Für die von der Erhöhung des Rentenalters betroffenen Frauenjahrgänge sind grosszügige lebenslange Rentenzuschläge in der Abstimmungsvorlage eingeplant. Die parteiübergreifende Zusammenarbeit in diesem wichtigen Dossier funktioniere, betonte Roberto Ramphos, Kampagnenleiter der FDP Schweiz. So unterstützen auf Bundesebene SVP, FDP, Mitte, EVP und GLP die vorliegende Reform, während die linke Gegnerschaft aus rein ideologischen Gründen die AHV-Sanierung bekämpft. Für den Parteitag war das Verdikt klar, die Mitglieder folgten einstimmig der Empfehlung von Maja Riniker und beschlossen für beide Abstimmungsvorlagen zur AHV eine einstimmige Ja-Parole.

Verrechnungssteuer: Einnahmen im Inland behalten

Wenn man den Standort Schweiz stärken will, braucht es am 25. September 2022 auch ein Ja zur Reform der Verrechnungssteuer. Ständerat Thierry Burkart, Präsident der FDP Schweiz, führte in seinem Referat aus, dass eine Änderung in diesem Bereich einerseits überfällig sei und andererseits den freisinnigen Grundwerten entspreche. Heute vertreibe die Verrechnungssteuer das Geschäft mit Anleihen ins Ausland, wodurch Steuereinnahmen und Wertschöpfung verloren gehen. Die Gesetzesanpassung holt Geschäfte mit Obligationen in die Schweiz zurück und schafft dem die Grundlage für Mehreinnahme für Bund, Kantone und Gemeinden. Auch zu dieser Vorlage fasste der Parteitag einstimmig die Ja-Parole

Beschränkte Stellvertretungsmöglichkeit in Parlamenten im Kanton Aargau wird unterstützt

Grossrat Gabriel Lüthy informierte über die kantonale Abstimmung zur Möglichkeit einer Stellvertretung in Grosse Rat und Einwohnerräten. Im Kanton Aargau sollen sich künftig Parlamentsmitglieder im Fall von Mutterschaft, Krankheit oder Unfall während mindestens drei bis maximal zwölf Monaten vertreten lassen können. Als Stellvertreter/in kommen die nichtgewählten Kandidierenden mit den besten Resultaten der letzten Wahl zum Zug. Wie schon die freisinnige Fraktion im Grosse Rat empfiehlt auch der Parteitag mit 35 Ja gegen 10 Nein bei einer Enthaltung eine Annahme der kantonalen Verfassungsänderung.

Weitere Auskünfte:

Sabina Freiermuth, Grossrätin, Parteipräsidentin, Tel. 079 333 51 78
Stefan Huwyler, Grossrat, Geschäftsführer, Tel. 062 824 54 21